

## **FRAGESTUNDE**

Beginn: 13.13 Uhr

Ende: 14.30 Uhr

### **1) Veranlagung der finanziellen Mittel aus dem Verkauf der Energieschiene der Grazer Stadtwerke**

GR. Mag. **Korschelt** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sehr geehrter Herr Stadtrat! In meiner Anfrage geht es um die seinerzeitigen 300 Millionen, die inzwischen auf zirka 240 geschrumpft sind. Wobei ich sagen muss, positiv geschrumpft sind. Die Gemeinderatsperiode neigt sich dem Ende zu, das zeichnet sich ab, dass für den verbleibenden Geldbetrag von etwa 240 Millionen kein konkreter Investitionsauftrag vorliegt.

Es ist einerseits die Frage, ob ein Investitionsplan vorhanden ist und in welchem Zeitraum eine Verwendung des Geldes geplant ist und andererseits eine weitere Frage, wie denn der sehr beachtliche Geldbetrag veranlagt ist. Eine längerfristige Veranlagung ermöglicht bessere Konditionen bei den Geldinstituten und sollte daher aus wirtschaftlicher Sicht die bestmögliche Veranlagung verfolgen.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

### **A n f r a g e ,**

ist Ihnen bekannt, ob ein Investitionsplan im Sinne des obigen Motivenberichtes vorliegt und wie die derzeitige Veranlagung des noch vorhandenen Geldbetrages aus dem Verkauf der Energieschiene der Grazer Stadtwerke erfolgt?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! In Absprache mit den Vorständen beziehungsweise mit der Grazer Stadtwerke Aktiengesellschaft darf ich Ihnen folgende Auskunft geben: Die 300 Millionen Euro gliedern sich derzeit laut Angaben der Grazer Stadtwerke Aktiengesellschaft wie folgt in Millionen Euro: Auf die Flughafenanteile entfallen 66 Millionen Euro, also nicht 60, sondern 66 Millionen Euro, Darlehen an die Energie Graz Gesellschaft 70 Millionen Euro, und sonstige Veranlagungen am Kapital und Geldmarkt mit dem restlichen Betrag von 164 Millionen Euro. Diese Veranlagungen haben sich seit 2002 nach den Informationen der Grazer Stadtwerke mit einer Jahresrendite von 5,8 % rentiert und es wird die gegenwärtige und künftige Strategie mit der Finanzdirektion der Stadt Graz auch regelmäßig abgestimmt. Derzeit weist die Zinskurve zum Beispiel für zwei- oder dreijährig gebundene Veranlagungen ein geringeres Zinsniveau als zum Beispiel für Drei-Monatsgeld aus, sodass also die althergebrachte Vermutung, dass langfristige Bindungen automatisch ertragreicher wären als kurzfristige, für den jetzigen Zeitpunkt zum Beispiel nicht zutreffen würde. Ich möchte Sie außerdem daran erinnern, dass die Vorgabe des Gemeinderates in seinem damaligen Stück über den Verkauf der Energie Graz jene war, dass aus den Finanzerlösen der Stadtwerke Aktiengesellschaft zumindest 5 % Ertrag zu erwirtschaften ist.

## 2) Hochwasserschutz für den Schöckelbach

GRin. Mag. **Fluch** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

Mag. **Fluch**: Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich mich ans Rednerpult stelle, dann wissen schon manche, es geht wieder einmal um Wasser und Hochwasser. In diesem Fall mit einer besonderen Aktualität, weil wir ja eigentlich ein Stück auf der Tagesordnung hatten ursprünglich, das vielleicht einiges geklärt hätte. Da dieses Stück jetzt nun doch nicht zur Behandlung ansteht, darf ich, sehr geehrter Herr Stadtrat Rüsch, an dich folgende Frage stellen: Erst vor kurzem haben die dir zugeordneten Ämter einen Bericht über die Maßnahmen vorgelegt, die

im Zuge des Hochwasserschutzes bereits umgesetzt, eingeleitet oder vorbereitet werden konnten.

Wie du weißt, ist die Situation in meinem Wohnbezirk Andritz durchaus prekär.

Nach Fertigstellung des Rückhaltebeckens am Gabriachbach stellt sich insbesondere die Frage nach den konkreten Maßnahmen entlang des Schöckelbaches, der neben dem Gabriachbach im Jahr 2005 die größten Schäden im Ortszentrum von Andritz verursacht hat.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher die

### **F r a g e,**

wann genau mit welchen Baumaßnahmen entlang der verschiedenen Abschnitte des Schöckelbaches zu rechnen ist und auch wieweit das Vorhaben, im Norden von Graz Flächen für weitere Rückhaltebecken für den Schöckelbach anzukaufen, gediehen ist.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Liebe Eva Maria, Frau Gemeinderätin! Ich möchte gerne die Antwort in insgesamt vier Abschnitte teilen, also entlang des Schöckelbaches in vier Abschnitte. Erster Abschnitt ist von der Mündung Mur bis zur Brücke über die Andritzer Reichsstraße. Sämtliche Arbeiten der Planung sind in diesem Bereich abgeschlossen, sind zirka 1,5 Kilometer, sowohl die Vermessung als auch die Detailplanung und die Projektmappen sind zur wasserrechtlichen Bewilligung eingereicht. Auf Grund von Problemen mit der Grundbeschaffung kam es zu erheblichen Projektverzögerungen. Mit einem Grundeigentümer konnte leider überhaupt kein Übereinkommen abgeschlossen werden, das heißt, die Einreichung erfolgte daher mit Ansuchen um Einräumung einer Zwangsdienstbarkeit bei der Behörde. Der Baubeginn wird von unserer Seite nach wie vor mit Ende 2007 angestrebt, von diesem Abschnitt von der Murmündung bis zur Brücke. Die tatsächliche Dauer der Behördenverfahren kann aber noch nicht angegeben werden, auch wenn entsprechende Vorgespräche bereits geführt worden sind. Ich möchte nur

darauf hinweisen, dass wir in einer Bürgerversammlung im Juni dieses Jahres auf die Frage, ob heuer noch mit dem Bau begonnen werden kann für diesen Abschnitt des Schöckelbaches, die klare Antwort gegeben haben, das können wir nicht garantieren, wir streben es an, aber wir können es nicht garantieren. Also insofern liegen wir durchaus in diesem Zeitplan. Zweiter Abschnitt ist eben von dieser Brücke bis zur Mündung Weizbach, zirka ein Kilometer. Fertig sind die Vermessungen und das Schutzmaßnahmenkonzept. Als nächster Schritt sind die Verhandlungen mit den Grundeigentümern aufzunehmen, danach, wenn die abgeschlossen sind, kann erst das Detailprojekt fertiggestellt werden und die Bewilligungen und die behördlichen Bewilligungen eingereicht werden, das ist immer so der Ablauf. Zunächst Projekt, Grundstücksverhandlungen, Detailprojekt und Einreichung. Dritter Bauabschnitt, das ist von der Mündung Weizbach bis zur Stadtgrenze auf einer Länge von zwei Kilometern, dieser Abschnitt befindet sich auf Grund der niedrigeren Priorität, er ist für den Hochwasserschutz am Schöckelbach von geringster Bedeutung (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), befindet sich erst in der Vorbereitung. Sehr wichtig aber wieder als vierter Abschnitt, das sind die Rückhaltebecken in Weinitzen, wovon das eine mit über 200.000 Kubikmeter überhaupt das größte ist, das wir im Zusammenhang mit diesem Sachprogramm errichten werden. Es hat mehrere Vorgespräche mit den betroffenen Grundeigentümern gegeben sowie eine Präsentation des Vorhabens im Gemeinderat der Gemeinde Weinitzen, von der Fachabteilung Grünraum und Gewässer und von der Landesfachabteilung. Die laufende Detailplanung wurde vorgestellt und allgemein diskutiert. Die Verhandlungen mit den Grundeigentümern müssen aufgenommen werden, es hat einen weiteren Termin gegeben am 6. 11. 2007, bei dem mit den Grundeigentümern die erste Verhandlungsrunde stattgefunden hat und es hat dabei keine grundsätzlichen Einwände gegen das Projekt gegeben, das heißt aber nicht mehr und nicht weniger, dass die das Projekt jetzt kennen und ob wir die Grundstücke bekommen, muss dann einfach in jedem einzelnen Detailgespräch mit jedem einzelnen Grundeigentümer ausgemacht werden. Das ist der aktuelle Stand, das heißt, wir hoffen nach wie vor, können es aber leider immer noch nicht garantieren, dass wir heuer noch mit dem ersten Abschnitt von der Murmündung bis zur Brücke Andritzer Reichstraße mit dem Bau beginnen, die Bagger stehen sozusagen bereit, wir brauchen noch die wasserrechtliche, naturschutzrechtliche Bewilligung, eingereicht ist es und bei den

Rückhaltebecken und beim zweiten Abschnitt beginnen die konkreten Verhandlungen mit den Grundeigentümern, eine Zeitperspektive für diese beiden Abschnitte auch nur andeutungsweise zu nennen, ist seriöserweise derzeit noch nicht möglich.

GRin. Mag. **Fluch**: Vielleicht nur eingangs, Herr Stadtrat, du bist dir dessen genauso bewusst wie wir uns alle, dass es da einfach ein gewisses Spannungsfeld gibt, weil auf der einen Seite die Angst einfach groß ist, dass irgendein Hochwasserereignis sofort wieder Schäden verursachen könnte. Jetzt im Winter zum Glück ein bisschen weniger, aber im Sommer war das natürlich vorhanden und es andererseits einfach diese Verfahrensabläufe gibt, die aus Sicht der Bürger dann manchmal schon lang sind, obwohl sie natürlich oder gerade weil sie auch gute Rechte der Bürger betreffen, denn da geht es wieder um Eigentumsrechte und das ist ein Spannungsfeld. Danke deswegen für diese Auskunft, ich habe nur eine Zusatzfrage, nämlich wirklich im Detail. In dem Abschnitt, der jetzt noch nicht zur konkreten Planung ansteht, nämlich gleich unterhalb der Prohaskagasse, dort wo die früheren Peneffgründe waren und wo jetzt die Siedlung steht, gibt es sozusagen einen neu errichteten Weg, der gerade an dieser Stelle wirklich unterhalb des Niveaus des übrigen Teils des Weges ist und das ist sozusagen ein Punkt, wo sich gerade die Bewohner im Zentrum von Andritz sehr fürchten, dass bei irgendeinem Hochwasserereignis dort wieder das Wasser übertritt, wie es schon passiert ist vor zwei Jahren, und eine ähnliche Strecke nimmt wie bisher und da sind wir einfach noch nicht so weit, dass man etwas sagen könnte oder gibt es da schon etwas Konkretes dazu zu sagen?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ja, ganz konkret zu diesem Abschnitt, dort werden wir nach aller Voraussicht die größten Schwierigkeiten mit den Grundeigentümern haben und zwar das sind die Grundeigentümer auf der Ostseite des Schöckelbaches, die in einigen Vorgesprächen jedenfalls angedeutet haben, dass sie da jedenfalls nicht so einfach und so leicht bereit sein werden, ihre Grundstücke abzugeben. Ich möchte

gerne noch etwas sagen, ich habe vorhin eher trocken den Bericht von der Grünraumabteilung genannt. Mir ist es völlig klar und ich respektiere das völlig, wenn jemand einmal seinen Keller unter Wasser stehen gehabt hat, dass da eine ganz normal verständliche Angst vorhanden ist, um solche Vorfälle nicht wieder vorkommen zu lassen. Das ist völlig klar und ich habe damit auch überhaupt kein Problem, ich glaube, Andritz ist auch jener Bezirk, bei dem wir in den ganzen Vorgesprächen, Bürgerversammlungen usw. immer am stärksten engagiert waren. Wir haben de facto alle drei Monate eine Veranstaltung, berichten über den Fortgang, also das liegt uns selbstverständlich am Herzen. Ich bin auch sehr froh, dass wir dort anfangs viel belächelte provisorische Maßnahmen durchgeführt haben, denn solange eben die wirklichen Maßnahmen nicht greifen, greifen diese. Sie haben keinen hundertprozentigen Hochwasserschutz, den gibt es soundso nicht, aber sie sind jedenfalls so konzipiert, dass sie von der Prohaskagasse bis zur Mürmündung das Hochwasser, das wir im August 2005 hatten, abführen können im Bachbett. So sind sie konzeptioniert, das wäre ein großer Vorteil. Bezüglich dieser Senke im Weg zu den Peneffgründen ist völlig klar, das ist jene Senke, die vom Anfang an immer in der Auseinandersetzung um diese Verbauung der Peneffgründe stand. Sie ist als, muss man ganz offen sagen, das ist als bewusste und geplante Austrittsstelle des Wassers vom Schöckelbach konzipiert, um eben die weiter unten liegenden Grundstücke nicht zu beschädigen beim Hochwasser, das heißt, die ist so konzipiert diese Senke, wenn der Schöckelbach dieses Hochwasser führt, dann geht es dort als erstes über das Ufer und in die Peneffsiedlung und dann hinter der Peneffsiedlung in den Haberlandweg, das ist aus meiner Sicht eine ganz klare Schlechterstellung von den Leuten am Haberlandweg, die aber im Zuge des Bauverfahrens und der Bebauung der Peneffgründe nicht beachtet wurde (*Applaus ÖVP*).

### **3) Bewegungsinitiative „Gemeinde aktiv“**

GR. **Eichberger** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GR. **Eichberger:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine Frage richtet sich an den Herrn Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg. Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Detlev! Das Land Steiermark baut im Moment eine Bewegungsinitiative "Gemeinde aktiv" auf. Im Rahmen dieses Projektes werden von der Landessportorganisation Steiermark ÜbungsleiterInnen ausgebildet, die dann in den Gemeinden Kurse im Bereich des präventiven Bewegungstrainings anbieten sollen und auch eine Ist-Analyse erstellen sollen über bereits vorhandene, bestehende Angebote in diesem Bereich – ein, glaube ich, unumstritten in Zusammenhang mit Bewegung und Gesundheitsvorsorge sicherlich sehr wichtiges Projekt. Erfreulich dabei, und diese Angebote kommen ja eher selten, dass diese Ausbildung für die Gemeinde kostenlos ist, das heißt (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), hier bildet das Land aus und übernimmt auch die Kosten und es hat sich auch letztendlich bereits eine Grazerin für die Ausbildung und für dieses Projekt interessiert gezeigt. Allerdings: Die Stadt Graz, und so die Meldungen aus dem Land, scheint die Stadt Graz auf der InteressentInnenliste für dieses Projekt derzeit noch nicht auf.

In diesem Zusammenhang stelle ich namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

### **F r a g e ,**

was sprach bis dato gegen diese Beteiligung an diesem kostenlosen Angebot des Landes und warum ist die Stadt Graz noch nicht hier eingestiegen?

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Zunächst möchte ich festhalten, dass jede Qualifizierung oder Höherqualifizierung von Personen, die sich im Sport engagieren, natürlich zu begrüßen ist, weil sich dadurch auch die Qualität ihrer Tätigkeit erhöht und das Sportamt wird derartige Initiativen immer bestmöglich unterstützen. Zum konkreten Projekt ist festzuhalten, dass am 12. Oktober das Sportamt von der Landessportorganisation einen Folder und ein Kontaktblatt übermittelt bekommen hat, wie du erwähnt hast, werden im Projekt „Gemeinde aktiv“

kostenlose Übungsleiterlehrgänge angeboten. Das ist an und für sich wirklich zu begrüßen und durchaus schön, weniger schön ist, dass wir leider aus dieser Nachricht überhaupt nicht nachvollziehen können, was der konkrete Beitrag, die Aufgabenstellung für die Stadt Graz sein soll. Wir wurden dazu eingeladen, aber worin die Teilnahme eigentlich besteht, ist leider überhaupt nicht deutlich. Wir wurden auch informiert von der Landessportorganisation, dass es eine Interessentin gibt und wir wurden eingeladen, nochmals diese Interessentin dem Land Steiermark zu melden. Also das ist irgendwie dann ein Zustand, der mich ein wenig ins Grübeln bringt, weil die Projektleiterin des Landes auch gefragt hat, was seitens des Landes jetzt zu tun ist, damit diese Dame mitmachen kann. Also, es ist ein wenig zu viel verlangt von uns, nähere Informationen und Erläuterungen zu einem Projekt des Landes zu geben, das können wir schlichtweg nicht. Es kann nicht sein, dass „Gemeinde aktiv“ bedeutet, dass unsere Gemeinde aktiv werden muss für eine Initiative des Landes. Das trägt, glaube ich, nicht zur Verfahrensvereinfachung und dergleichen bei, wenn wir beim Land jemanden melden sollen, der bereits dort gemeldet ist. Ich möchte festhalten, die Initiative selbst ist gut und begrüßenswert, ist gar keine Frage, ich glaube nur, dass dieses Projekt, diese Initiative einfach anders kommuniziert werden muss, damit sie auch in den Gemeinden Fuß fassen kann und umgesetzt werden kann und ich denke, es ist auch ein Unterschied, ob in einer Klein- und Kleinstgemeinde dieses Projekt umgesetzt wird oder in der Stadt Graz, wo die drei großen Dachverbände angesiedelt sind, wo wir 300 Vereine haben, die sich sehr engagieren im Sport. Ein Blick ins Internet mag unterstreichen das, was ich jetzt gesagt habe, nämlich dass noch einiges an Klärungsbedarf ist, weil bei allen steirischen Bezirken, die ich durchgeklickt habe heute im Internet am Vormittag, leuchtet bei jedem Bezirk auf, noch keine Gemeinde gemeldet. Ich fasse zusammen, wenn das Projekt umsetzungsreif ist, aus meiner Sicht ist es das noch nicht, werden wir vom Sportamt das selbstverständlich bestmöglich unterstützen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eichberger:** Es ist für mich schon etwas sonderbar, hier wird ansonsten auch sehr gerne in diesem Haus immer darüber auch Kritik geführt, dass es sehr wenig Unterstützung seitens des Landes gibt und selten hier Angebote kommen, noch dazu kostenloser Natur. Und wie der Herr Stadtrat ja richtig gesagt hat, auch von der

inhaltlichen Seite her begrüßenswert. Dann gibt es dieses Angebot und es ist ja nicht so bitte, dass das Sportamt erst im Oktober davon Kunde erhalten hat über dieses Angebot, laut meinen Informationen ist ja bereits im September an jeden Bürgermeister des Lands Steiermark ein entsprechender Brief, ein entsprechendes Angebot ergangen und diese Urgenz am 12. Oktober war ja dann nur die Folge, weil man seitens des Bürgermeisters, so bin ich informiert worden, nichts gehört hat. Jetzt denke ich mir, jetzt gibt es ein Angebot, jetzt gibt es möglicherweise, warum immer, Unklarheiten oder man kennt sich nicht aus, jetzt glaube ich, wäre es ja nicht besonders aufregend im Zeitalter einer Hochtechnologisierung, dass man einfach, wenn man sich nicht auskennt und noch Rückfragen hat, dass man einfach hier hinmailt und sagt, bitte schön teilt uns das genau mit. Frage ist jetzt, wie gesagt, es hat jetzt ungefähr zwei Monate gedauert, dass dieses Angebot erstmals gemacht wird, der Herr Stadtrat hat zwar jetzt sehr ausführlich erklärt, warum es bis dato nicht geklappt hat, ich möchte wissen, beteiligt sich die Stadt Graz jetzt daran und werden möglicherweise auch auf Initiative des Sportamtes die offenen Fragen mit dem Land gemeinsam geklärt, damit also diese Initiative auch in Graz Fuß fassen kann?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Ich wiederhole gerne noch einmal meine Beantwortung, also die mangelnde Information oder Informationsdefizite dürften offensichtlich nicht bei den einzelnen Gemeinden und so auch nicht bei der Stadt Graz oder beim Sportamt der Stadt Graz liegen. Nachdem keine einzige steirische Gemeinde im Internet zumindest aufscheint, dass sie mitmacht. Ich glaube, dass das Land hier ein wenig Nachholbedarf hat bei dieser Initiative und ich wiederhole noch einmal, dass es ein Unterschied ist, ob in der Stadt Graz, in der natürlich tausende ehrenamtliche Trainer, Funktionäre, Übungsleiter und dergleichen mehr bereits tätig sind oder wir von einer Kleinstgemeinde reden, die vielleicht in sportlicher Hinsicht keine Angebote hat. Und ich sage noch einmal, dass es ein wenig eigenartig ist, wenn sich eine Interessentin der Stadt Graz beim Land meldet, das Land dann bei uns anruft und fragt, ja bitte was sollen wir jetzt machen mit der Frau und bitte meldet sie noch einmal. Also, ich glaube, wir sollten da jetzt nicht so lange herumreden, das Projekt ist von der Intention her gut, es ist allerdings noch nicht ausgereift und wenn es ausgereift ist, werden wir es bestmöglich unterstützen (*Applaus ÖVP*).

#### 4) Gemeindewohnungen auf Kasernengrund – Hummelkaserne

GRin. Mag. **Taberhofer** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher folgende Frage:

Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Stadtrat Rüscher! Der Gemeinderat der Stadt Graz hat sich in seiner Sitzung am 16.2.2006 einstimmig für den Bau von Gemeindewohnungen auf Kasernengrund ausgesprochen. Im Motivenbericht wurde dazu ausgeführt: „Der bevorstehende Verkauf von Kasernengrundstücken des Bundesheeres in der Stadt Graz bietet nun die Möglichkeit, zumindest auf Teilflächen dieser Anlagen neue Gemeindewohnungen zu errichten. Sinnvoll wäre eine Kombination aus sozialem Wohnbau, Kinderbetreuungseinrichtungen, Nahversorgung, Arbeitsstätten und großzügigen Grünbereichen. Vor allem die Hummelkaserne mit ihrer guten Lage und dem Anschluss an den öffentlichen Verkehr eignet sich dafür besonders gut.“ Mehr als 5.000 Grazerinnen und Grazer haben diese Forderung auch mit ihrer Unterschrift unterstützt.

Seither sind fast zwei Jahre vergangen. Nach mehreren Anfragen der KPÖ über den Stand der Verhandlungen mit dem Bundesheer beziehungsweise der Immobiliengesellschaft SIVBEG - zuletzt im September 2007 im Rahmen einer Stadtsenatssitzung - gab es die Mitteilung, dass Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, vom Bürgermeister beauftragt wurden, noch heuer ein Stadtteilentwicklungskonzept für dieses Areal erarbeiten zu lassen und dem Gemeinderat vorzulegen.

Die Zeit drängt. Weil es seither keine weiteren Informationen in dieser wichtigen Angelegenheit gegeben hat, richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

#### **Frage:**

Wie ist der Stand der Vorbereitungen für die Nachnutzung des Areals der Hummelkaserne für den sozialen Wohnbau und die Stadtteilentwicklung? (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Zur Hummelkaserne, auf Grund ihrer zentralen Lage im Stadtgebiet stellen die zum Verkauf anstehenden Kasernenstandorte der Hummelkaserne und der Kirchnerkaserne selbstverständlich wichtige Flächen für die Stadtentwicklung dar. Zur Absicherung einer städtebaulich geordneten Entwicklung wurde für den Bereich der Hummelkaserne bereits im Flächenwidmungsplan Deckplan 1 Bebauungsplanungspflicht beschlossen. Durch die derzeit laufende Änderung des Deckplanes 1 wird auch für die Kirchnerkaserne Bebauungsplanungspflicht verhängt. Darüber hinaus werden für beide Standorte derzeit die städtebaulichen Rahmenbedingungen gemeinsam mit anderen betroffenen Magistratsabteilungen Verkehr, Grünraum, Stadtschulamt, Jugendamt definiert. Im Rahmen der Fortführung des Projektes Lebensqualitätsindikatoren wird der Bereich um die Kirchnerkaserne als Pilotprojekt untersucht, der Bereich um die Hummelkaserne steht im räumlich funktionellen Zusammenhang mit dem Bereich Reininghaus der Asset one. Es erfolgt daher eine gemeinsame Betrachtung dieser Gebiete. Durch die Festlegung von Bebauungsplanungspflicht beziehungsweise im Bereich Reininghaus durch erforderliche Änderungen des Flächenwidmungsplanes hat die Stadt Graz bei allen wesentlichen Entscheidungen Mitgestaltungs- beziehungsweise Mitsprachemöglichkeit. Es liegt daher kein Zeitdruck vor. Die angeführte Bearbeitung erfolgt zügig, kann aber auf Grund des Bearbeitungsumfanges voraussichtlich heuer nicht mehr abgeschlossen werden, das ist die Stellungnahme vom Stadtplanungsamt. Ich möchte gerne einige Bemerkungen anführen, die Kasernengrundstücke sind immer noch nicht verkauft, laut Plan soll im nächsten Jahr einer der beiden Kasernen verkauft werden, es ist aber noch keine Entscheidung gefallen, ob das die Kirchner- oder die Hummelkaserne ist. Ich möchte Ihnen gerne meine persönliche Meinung zu dem Vorschlag von Gemeindewohnungen machen. Meine Vision ist, dass wir auf dem Gebiet der Hummelkaserne so etwas Ähnliches versuchen, was die Stadt Berlin in den 30er-Jahren gemacht hat, nämlich eine Art internationale Bauausstellung. Das heißt, ich stelle mir vor als Vision, dass wir Architekten einladen mit oder ohne Wettbewerb, die auf diesem Gebiet ganz konkret über neue Wohnbauformen Vorschläge machen, Projekte realisieren, die im urbanen Wohnbereich einfach neue Maßstäbe setzen. Ich denke, wir haben sowohl was die Stadtrandverbauung bedeutet, aber auch was den verdichteten Wohnbau in der Stadt bedeutet, einfach einen Nachholbedarf und auch neue Überlegungen, wie solche Wohnformen zeitgemäß sein können. Selbstverständlich müssen da

Wohnungen dabei sein für Haushalte von jungen Menschen, die nicht sehr viel Geld dafür aufbringen können, selbstverständlich für ältere Menschen, für generationenübergreifendes Wohnen auch unter Berücksichtigung des Rückganges der Zahl der Haushalte und selbstverständlich sollen dabei auch Energieformen, die speziell für Wohnanlagen wirtschaftlich sind, dabei sein. Ich glaube, dass das ein Beitrag wäre, um dem Wohnbau und damit natürlich auch der Architektur in der Stadt Graz einen neuen Schub zu verleihen. Ich glaube, dass das eine Vision für das Gebiet der Hummelkaserne ist und die Voraussetzungen und auch die Rahmenbedingungen bei dieser Kaserne, bei diesem Kasernengrund für eine derartige Vision auch besonders geeignet sind (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag. **Taberhofer**: Kleine Bemerkung mit Frage und zwar, Visionen finde ich sehr gut und neue Ideen auch, aber mich interessiert vor allem, ist da auch immer noch dran gedacht, dass da Gemeindewohnungen gebaut werden sollen, nämlich leistbares Wohnen und das ist mir eigentlich der wichtigste Punkt. Wenn das alles realisierbar ist und finanzierbar ist, dann bin ich sehr dafür, dass Gemeindewohnungen am aktuellsten, neuesten Stand auch dann umgesetzt werden und Visionen haben einen Sinn.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Dann sind wir schon zu zweit. Das Anliegen ist selbstverständlich, und nur dann hat es Sinn, wenn dort neue Wohnbauformen entstehen, die wirtschaftlich darstellbar sind. Selbstverständlich unter den bisherigen Bedingungen von Wohnbauförderungen, alles das, was die Stadt auch bisher gemacht hat. Aber ich denke, dass es auch dem sozialen Wohnbau und auch dem Gemeindewohnungsbereich, den wir in Graz haben, gut tut, einmal einen neuen Impuls zu geben, einen neuen Schub zu geben im Hinblick auf zeitgemäße Wohnbauformen, auf einfach neue Bedürfnisse in der Gesellschaft von jungen Leuten, jungen Familien, von älteren Leuten, generationengerechtes Wohnen, ich denke, das sind Dinge, die eben in diesem Bereich in einer derartigen Wohnanlage eben in einer Bauausstellung, wie immer das genannt wird, einfach einmal realisiert

werden können, um zu sehen, wo da die zukünftigen Möglichkeiten liegen (*Applaus ÖVP*).

## 5) Energieeffizientes Bauen und Sanieren

GRin. **Jahn** stellt an StRin. **Kahr** folgende Anfrage:

GRin. **Jahn**: Liebe Elke! In meiner Frage geht es um den Bereich energieeffizientes Bauen und Sanieren in der Stadt. Vorweg möchte ich gleich sagen, mir ist völlig bewusst und das betone ich auch hier noch einmal, weil das ja auch immer Thema wird und ist, dass leider das städtische Wohnungsamt zu wenig Geld generell zur Verfügung hat sowohl für die Sanierungsmaßnahmen, die notwendig sind, als auch für den dringend notwendigen sozialen Wohnbau, den wir gerne hätten, aber nicht so leider haben, wie es uns und was leider auch der Bedarf in der Gesellschaft in Graz ist, uns vorstellen und wünschen. Umso wichtiger ist es aber, dass man die wenigen Mittel, die wir haben, möglichst effizient in allerlei Richtungen einsetzen, wo natürlich die Sanierung ein sehr wesentlicher Bestandteil ist. Wir sehen aus vielerlei Wohnbauprojekten, Salzburg zum Beispiel, Wien im Speziellen, die ja schon seit 1998 die Vorschrift der Niedrigenergiebauweise haben auch im kommunalen Wohnbau und die entsprechenden Fördermaßnahmen dazu, aber auch Linz, dass Energiesparmaßnahmen nicht nur ökologisch wertvoll sind, sondern auch letztendlich eine Senkung der Betriebskosten bedeuten und dadurch natürlich auch für die Mieter und Mieterinnen großen Vorteil bedeuten. So sind eben langfristig gesehen der Einsatz von jeglichen Maßnahmen, die den Energieverbrauch, vor allem für die großen Bereiche Beheizen der Wohnungen und das Erwärmen von Wasser, auch ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz. Gleichzeitig ist es aber so, dass wir jetzt eine neue Energiesparverordnung haben, die seit 1. Oktober in Kraft ist, wo jetzt auch festgelegt ist, dass jegliche Gebäude einen Energiesparpass verpflichtend bekommen sollen. Natürlich gibt es Übergangsfristen, aber trotzdem muss man sich natürlich auch jetzt schon mit diesem Thema auseinandersetzen. Ich weiß, dass das Wohnungsamt Sanierungsmaßnahmen setzt, wie eben die Lärmdämmung zum

Beispiel, aber vor allem auch die Wärmedämmung und das Einleiten von Fernwärme, gleichzeitig gibt es aber auch noch andere Programme, wie zum Beispiel das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm, für das es auch seit 1.1.2007 gar nicht einmal so schlechte Fördertöpfe seitens des Bundes gibt und wo man Geld für dementsprechende Maßnahmen auch abholen könnte. Natürlich sind noch Maßnahmen, wie das Umstellen auf alternative Energien, Solarenergienutzung, Wärmedämmung, Niedrigenergiebauweise bei Neubauten, und da denke ich vor allem auch an große Entwicklungsprojekte wie Reininghausgründe oder hoffentlich Kommunalbau auf Kasernengrund. Sind natürlich auch wesentliche Beiträge zum Klimaschutz und auch zur Kostenersparnis für die MieterInnen. Daher meine

### **F r a g e**

an dich, welche ökologische Standards, vor allem in Bezug auf das energieeffiziente Bauen und Sanieren, hast du bei der Sanierung der städtischen Wohnhausanlagen umgesetzt beziehungsweise welche Maßnahmen hast du in Zukunft dahingehend vorgesehen?

StRin. **Kahr:** Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Christina! Du hast schon angesprochen und du weißt es auch, dass das städtische Wohnungsamt seit 1999 begonnen, hat unsere stadteigenen Wohnungen umfassend zu sanieren. Das Ziel war vor allem auch, unseren Mieterinnen und Mietern eine Wohnqualität zu bieten, die den heutigen Standards entspricht und ich kann das nicht oft genug hier auch in diesem Haus sagen, dass wir weit über 1000 Gemeindewohnungen gehabt haben noch Anfang 1999, die nicht einmal ein eigenes Bad oder ein Klo gehabt haben und dann noch mit Einzelöfen geheizt haben. Erfreulich ist aber auch, dass wir bei diesem Sanierungsweg sehr gut vorankommen und diesem Ziel schon sehr nahe sind. Bei sämtlichen Sanierungen wurden dabei Fördermittel vom Land Steiermark in Anspruch genommen, egal ob es jetzt um eine umfassende Sanierung gegangen ist oder um eine sogenannte kleine Wohnhaussanierung und auch im Neubau im Rahmen der Geschossbauförderung. Und man braucht eigentlich gar nicht nach Wien, Salzburg oder Linz zu schauen, man muss auch sagen, dass die steirischen

Wohnbauförderungsgesetze sehr hohe ökologische Standards beinhalten und wir die natürlich auch selbstverständlich in all diesen Jahren auch bei unseren Sanierungen und auch im Neubau umgesetzt haben. Wir haben das jetzt auch im Zusammenhang mit deiner Anfrage auch errechnet, wir haben im Altbaubestand auch erreicht, dass es zu einer Einsparung von 30 % im Energiebereich gekommen ist. Und besonders durch das Inkrafttreten der Wohnbauförderung neu seit Jänner 2006, wie du es schon angesprochen hast, konnten wir bei sämtlichen Sanierungen bei unseren städtischen Wohnhäusern auch die Zuschläge des ökologischen Anreizsystems erreichen. Das vor allem für Maßnahmen wie dem Anbringen eines Thermoputzes beziehungsweise Wärmedämmverbundsystems, den Austausch der Fenster durch solche mit einem niedrigen K-Wert und erhöhter Dichtheit und natürlich dem Anschluss ganzer Wohnhausanlagen mit Fernwärme. Die Kiotoziele stellen dabei eine wichtige Grundlage für die Wohnbauförderung des Landes Steiermark dar, die ökologischen Zielsetzungen liegen aber eben nicht nur im Bereich Einsparung der Heizenergie, sondern umfassen den Einsatz auch von ökologisch verträglichen Baumaterialien sowie FCKW-freien Dämmstoffen und Montageschäumen und kohlendioxidemissionsarmen und -freien Haustechnikanlagen. Es werden auch bei uns ausschließlich Baumaterialien verwendet, welche im Verlauf des Lebenszyklus keine klimaschädigenden halogenierten Gase in die Atmosphäre freisetzen. Im Zuge auch von umfassenden Sanierungen, wie schon angesprochen, werden die Wohnhausobjekte ausschließlich mit einer zentralen Wärmeversorgungsanlage versehen, welche an die Fernwärme angeschlossen werden. Nur in Ausnahmefällen, sofern kein Anschluss an das Fernwärmenetz möglich ist, wird diese zentrale Anlage durch Ferngas versorgt, wobei nur Gasthermen der neuesten Technologie eingesetzt und hierbei gegenüber herkömmlichen Anlagen Energie- und CO<sub>2</sub>-Emissionen eingespart werden. Ich möchte das eigentlich wirklich ausführlicher machen, weil eigentlich die Leistungen vom Wohnungsamt im Zusammenhang mit der Wohnbauförderung sehr, sehr weit gediehen sind. Vor allem auch, wenn es um die Heizungsanlagenoptimierung geht, weil das ist nicht unwichtig, darunter versteht man die genaue Anpassung, Regelung und Leitungsführung und Dämmung einer Anlage an den Bedarf der Bewohnerinnen und Bewohner eines Hauses, zahlreiche Projektarbeiten und messtechnische Untersuchungen haben nämlich gezeigt, dass die Systeme zur Wärmeversorgung von Geschossbauten in der Regel erhebliches Optimierungspotential besitzen, das reicht von überhöhten Temperaturenniveaus,

Nichterreichen von Brennwerteffekten, enormem Speicher und Rohrleitungsverlusten, nicht optimaler Ausnutzung von erneuerbaren Energieformen bis hin zum erhöhten Stromverbrauch von Pumpen und Antrieben. Wir haben das sehr erfolgreich bei der gesamten umfassenden Sanierung in der Triestersiedlung, im Muchitschblock 1 angewandt, das waren immerhin 26 Wohnhausanlagen, in der Radegunderstraße 32 und jetzt derzeit gerade in Sanierung befindlich in der Wienerstraße 255. Desweiteren wurden in den letzten Jahren im Zug von Brauchbarmachungen allein durch die Eigenleistung des städtischen Wohnungsamtes 104 Wohnungen mit Fernwärmezentralheizungsanlagen ausgestattet. Ich kürze es jetzt ab, weil auch im Bereich der Schallschutz- und Schalldämmlüftung einiges erreicht worden ist, auch was die Gebäudehüllen betrifft, sind einige ganz wichtige ökologische Maßnahmen gesetzt. Eines ist aber ganz wichtig, dass seit dem heurigen Jahr auch solare Warmwasseraufbereitung ein Musskriterium in der Wohnbauförderung darstellt und wir daher künftighin Inanspruchnahme der Wohnbauförderungsmittel bei den umfassenden Sanierungen diese auch einsetzen können. Ganz konkret, bei dem gerade im Bau befindlichen Wohnbauprojekt in der Raiffeisenstraße 186 und 188. Also insgesamt sind wir hier bei unseren städtischen Wohnhäusern auf einem sehr, sehr guten Weg, das ist auch ein ganz wichtiges Ziel von mir persönlich und auch von meinem Amt, wobei mir eines ganz wichtig ist, und das möchte ich in dem Zusammenhang auch betonen, wir müssen immer im Auge haben die Balance zwischen ökologischen Maßnahmen einerseits und der Leistbarkeit der Mieten. Durch die Wohnbauförderungsmittel und die Beinhaltung der guten ökologischen Standards sind wir aber hier auf einem guten Weg und werden diese Maßnahmen auch in den kommenden Jahren umsetzen können (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Jahn:** Danke zuerst für die ausführliche Beantwortung. Ich möchte anregen, dass man öfter einmal zwischendurch so Berichte bekommen, was da alles auch Gutes passiert in den einzelnen Ämtern. Meine Zusatzfrage, bist du bereit, auch das städtische Sachprogramm Wohnen, wo aus meiner Sicht diese ganzen ökologischen Aspekte zu kurz kommen oder nahezu gar nicht drinnen sind, dahingehend zu erweitern, um diese ganzen Programme, also das CO<sub>2</sub>-Sanierungsprogramm und

auch den Energieplan des Landes Steiermark 2005 bis 2015, damit wir da auch sozusagen als Statement der Stadt in dem Sachprogramm nach außen hin auch ein Zeichen abgeben können, das wäre die Frage.

StRin. **Kahr**: Darin sehe ich kein Problem, weil du, wie du richtig auch sagst, es oft viel zu kurz kommt im Rahmen von so Gemeinderatsdebatten, dass man auch die Leistungen eines Amtes hier aufzeigen kann und noch einmal, es hat Priorität bei uns und das Sachprogramm Wohnraum durch diese Punkte zu ergänzen, sehe ich für sinnvoll an und wenn es sozusagen das Budget von mir künftighin auch ermöglicht, könnte man das auch in einem größeren Umfang dann dieses Programm zum Druck geben und in Diskussion stellen (*Applaus KPÖ*).

## 6) Erweiterungsbauten „Schloßbergmuseum“

GR. Mag. **Schönegger** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

Mag. **Schönegger**: Geschätzter Herr Finanz-, Beteiligungs-, Liegenschaftsreferent, lieber Wolfgang! Ich erlaube mir, heute dir eine Frage zu stellen, weil ich weiß, dass du neben deiner umfassenden Tätigkeit in der Stadtregierung auch ein sehr kultursinniger und kunstsinniger Mensch bist.

Lieber Herr Stadtrat, lieber Wolfgang! Inwieweit bist du in deiner Funktion als Liegenschaftsreferent bereit, die Bemühungen des Kulturstadtrates Werner Miedl auf dem Schloßberg die Einrichtung eines neuen Museumskomplexes „Schloßbergmuseum“ bei der Kanonenbastei zu unterstützen?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich bin ja ganz fix und fertig über soviel Lob, aber ich freue mich natürlich sehr. Mein lieber, geschätzter Herr Gemeinderat, ich möchte diese

Frage gerne beantworten. Schon in den Jahren 2001 und 2002 wurde der Masterplan Schloßberg der Öffentlichkeit vorgestellt, wobei für den Bereich Kanonenbastei, Museumsbezirk als Leitziel angedacht war, neu ist die Idee also nicht. Die Hauptvorschläge, die von der Arbeitsgemeinschaft Laukart/Peiker/Spiral und zahlreicher Bürgerbeteiligung erarbeitet wurde, sehen wie folgt aus. Erstens: Schloßberg und Garnisonmuseum sollten zusammengelegt werden. Zweitens: Die Kasematten mit wenigen Exponaten, zum Beispiel Geschütze und Gefängnisinstallation, und als Ausstellungsraum einbezogen werden nur sekundäre Nutzung für Theater oder private Veranstaltungen. Drittens: Luntenturm für historische Exponate sollte geöffnet werden. Viertens: Ein neues Konzept für die Schloßbergführungen sollte vorgeschlagen werden. Fünftens: Museumsshop mit entsprechender Infrastruktur, insbesondere WCs, wäre zu schaffen. Sechstens: Sichtachsen sollten behutsam freigemacht werden. Siebentens: Luntenturm, Mauern, Schießscharten sollten saniert werden und vom Bewuchs befreit werden. Achters: Ein neuer Verbindungsbau sollte erstellt werden. Neuntens: Der Zisternenaufbau aus dem Jahr 1820 sollte rekonstruiert werden und zehntens: Bürgerkorps mit Wachablöse sollte auf dem Schloßberg patrouillieren. Als letzte Arbeiten in meinem Verantwortungsbereich wurden die Sanierung des ägyptischen Tores und der Kasematten durchgeführt. Im Winter 2006 erfolgte die Sanierung der Dächer des Garnisonmuseums um 92.000 Euro als Zuhilfekommen für das Ressort beziehungsweise des im Verantwortungsbereich vom Kollegen Miedl befindlichen Stadtmuseums. In Arbeit und bereits beauftragt ist die Rekonstruktion des Zisternenaufbaus aus dem Jahre 1820 und derzeit findet die Sanierung des Luntenturms und des Mauerwerks dieses Bereiches statt. In dem Zusammenhang ist es, glaube ich, nicht notwendig, darauf hinzuweisen, dass auch die Sanierungsarbeiten am Uhrturm zügig voranschreiten. Als ein Ergebnis des Workshops, an dem das Bundesdenkmalamt, unser Naturschutzbeauftragter, die ASVK und weitere Dienststellen sowie zahlreiche engagierte Bürger und Bürgerinnen teilgenommen haben, ist insbesondere das Raumkonzept für das Museum hervorzuheben, welches vorsieht, den jetzigen Lagerraum des Andenkenladens als Kassen- und Warteraum zu nutzen und darüber hinaus einen ersprechenden Ersatz für den Kiosk zu schaffen. Trotz intensiver Suche ist es mir allerdings nicht gelungen, ein Konzept vom Kollegen Miedl in meinen Unterlagen zu finden, vermutlich deshalb, weil er mir noch keines geschickt hat (*Applaus SPÖ*).

Mag. **Schönegger**: Danke lieber Wolfgang für die Antwort, für die auch wiederum sehr umfassende. Ganz kurze Zusatzfrage. Ich konkretisiere ein bisschen den Vorschlag von Stadtrat Miedl. Er möchte einen neuen Schwerpunkt der Schloßbergmuseen haben, nämlich zum einen das wehrhafte Graz, zum anderen Flora und Fauna und eine neue Idee, und jedes fertige Projekte beginnt einmal mit einer Idee, wäre auch, dass man, die Chance nutzt, in diesem neuen Schloßbergmuseumskomplex ein Cafe zu integrieren, diesem Cafe könnte man, und das ist sicherlich überlegenswert und dahin geht die Frage, ob du das zumindest ideell unterstützt, auch den Namen eines sehr berühmten Sohnes der Stadt Graz geben, der dieser Tage auch als America's Top Leader ausgezeichnet wurde, zu Deutsch: Amerikas beste Führungskraft, das wäre doch eine schöne Möglichkeit in diesem (*Applaus ÖVP*) neuen Schloßbergmuseumskomplex ein Cafe einzubauen, das sich dann nennt, das Arnold-Schwarzenegger-Cafe.

*Zwischenruf GRin. Krampl: Das dürfen wir ja gar nicht.*

Mag. **Schönegger**: Lieber Wolfgang, bist du bereit, diese Dinge ideell zu unterstützen, als Liegenschaftsreferent quasi deinen Sanktus dazuzugeben, weil ich nehme nicht an, dass du dich in die Bespielung des Museums einmischen wirst.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich mische mich nach Vorbild anderer Stadtsenatskollegen überall dort ein, wo es notwendig ist, dass sich der Finanzreferent zur Verbesserung von Konzepten einmischt. Um die grundsätzliche Frage eines Museums noch einmal zu beantworten, es gibt ein hervorragendes Konzept, nicht alles ist umsetzbar, aber wir wissen, dass inzwischen die Kasematten bereits durch die Drehung der Bühne auch eine andere Aufgabe bekommen haben. Sobald ein Konzept vorgelegt wird, also der Ideen gibt es immer mehr als genug, Konzepte gibt es schon viel weniger. In diesem Zusammenhang habe ich noch keines gesehen, bin aber natürlich jederzeit

gesprächsbereit. Was die nicht so neue Idee eines Cafes im Bereich des Garnisonsmuseums angeht, möchte ich daran erinnern, dass die Idee in dieser Gemeinderatsperiode, wahrscheinlich hat es das vorher auch schon einmal gegeben, jedenfalls von mir zuerst vorgebracht wurde und ich freue mich drüber, wenn die Idee dann später doch aufgegriffen wird. Ich kann mich erinnern, dass der Kollege Miedl damals noch heftig protestiert hat und gesagt hat, das kommt ja nicht in Frage, das wäre ein Anschlag auf die Kultur. Inzwischen hat er sich eines Besseren besonnen. Wie der Titel von dem Cafe sein sollte, da wird noch viel Wasser die Mur hinunterfließen, bevor der Gemeinderat oder ein sonst zuständiges Gremium eine Entscheidung treffen kann. Ich würde einmal sagen, zuerst machen wir unsere Hausaufgaben, schauen wir, wie das Museum aussieht. Es ist höchste Zeit, dass sich dort oben irgendwas tut. Als Liegenschaftsreferent wäre ich sehr froh, wenn es zu einer klügeren und besseren Nutzung, als es im Moment der Fall ist, dieser Liegenschaften kommen könnte (*Applaus SPÖ*).

***Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 14.00 Uhr den Vorsitz.***

## **7) Übertragung der Gemeinderatssitzungen**

GRin. **Edlinger** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GRin. **Edlinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Anlässlich des heurigen e-Days im vergangenen April wurde bekanntlich eine Sitzung des Grazer Gemeinderates in ein Zelt auf dem Hauptplatz übertragen. Sie haben das damals ja auch medial mehrfach kommuniziert und viele waren sehr schön extra angezogen, weil man ja doch da am Hauptplatz zu sehen war. Ich habe mich zwar schon damals gefragt, was die Sinnhaftigkeit ist, eine Gemeinderatssitzung quasi fünf Meter weiter zu übertragen, aber bitte, es war ein Versuch. Man kann natürlich geteilter Meinung sein, ob die Übertragung einer Gemeinderatssitzung ein geeignetes Instrument ist,

um einer möglichen Politik-/Politikerinnenmüdigkeit wirkungsvoll zu begegnen. Ein möglicher Ansatz im Sinne von mehr Transparenz ist es aber auf jeden Fall.

In der selben Sitzung hat Gemeinderat Hohensinner einen Antrag eingebracht, dass die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit beauftragt wird, die Möglichkeiten der Live-Internetübertragung des Grazer Gemeinderates zu überprüfen und einen Umsetzungsplan zur Beschlussfassung vorzulegen.

Und ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens meiner Gemeinderatsfraktion die

### **F r a g e :**

Was hat die diesbezügliche Prüfung der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit ergeben?

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, selbstverständlich sollte es nicht dabei bleiben, dass wir ein paar Meter vor dem Rathaus allein eine Übertragung starten. Es war eine nette Anreicherung zu sagen, da drinnen findet gerade eine Stadtsenatsstizung statt und die haben wir de facto provisorisch hier übertragen. Die Magistratsdirektion Öffentlichkeitsarbeit, die Abteilung der Frau Mag. Dominik, hat sich selbstverständlich mit diesen Überlegungen beschäftigt und hat mir folgende Stellungnahme abgegeben: Die Öffentlichkeitsarbeitsstelle hat sich zur Beantwortung der Anfrage mit der Telekom Austria in Verbindung gesetzt, dieses Unternehmen hat auf Grund seines Interesses an Erfahrungswerten wie Zugriffszahlen, Speicherplatz, die es bis dato noch nicht besitzt, für die Übertragung der Gemeinderatssitzungen nach der Sommerpause einen Sonderpreis angeboten. Demnach würden für sämtliche Arbeiten von den Aufnahmen bis zur Abrufbarkeit auf [www.graz.at](http://www.graz.at) inklusive der Indizierung, das ist die Unterteilung in Fragestunde, Anfragen, Anträge, dringliche Anträge, also Grobform bis hin zur Indizierung der einzelnen Wortmeldungen so wie aller Kosten für Leitungen, Speicher, Verteiler und dergleichen mehr pro Gemeinderatssitzung 1.741 Euro exklusive Mehrwertsteuer mit einer Kamera verlangen und 2.159 Euro exklusive Mehrwertsteuer, wenn mit zwei Kameras gearbeitet werden würde. Das würden sie uns in Rechnung stellen, laut Telekom

entspricht das Angebot für dieses Pilotprojekt nicht einmal der Hälfte der sonst üblichen Tarife. Dem Angebot der Telekom muss die Überlegung gegenübergestellt werden, dass sich mit den Kosten für vier Gemeinderatssitzungen die gesamte Anschaffung der Hardware für die Aufnahmen bestreiten ließe. Die Aufnahmen würden von ein bis zwei Personen betrieben, abhängig von der Zahl der Kameras, für die Indizierung wäre eine weitere von Nöten. Letztgenannter Arbeitsgang nimmt je nach Grad der Unterteilung die bis zu dreifache Zeit des aufgezeichneten Materials in Anspruch. Eine relativ kostengünstige Variante könnte die Beauftragung von StudentInnen des Lehrganges Informations-Design an der FH Joanneum oder auch der HTBL Ortwein darstellen. Eventuell in der Form, dass die Studierenden ja ohnehin zur Absolvierung des Praktikums im Gemeinderatssaal und am Monitorbildschirmmischer leisten. Die laufenden Kosten für Leitungen, Plattformen, Aufbereitung für das Archiv, Smartencoding, Verteilen etc. sind nicht abschätzbar, weil hierfür erst die Zugriffsstatistik vorliegen müsste. Zu den Zugriffszahlen ist vielleicht Folgendes zu sagen: Es gibt kaum Anhaltspunkte, die Zugriffszahlen für eine Livevideoübertragung der Gemeinderatssitzung auch nur einigermaßen abzuschätzen. In welchem Ausmaß die Internetuser von einem solchen Angebot Gebrauch machen, lässt sich nur durch einen Probelauf vermitteln. Die lediglich audioübertragenen Sitzungen des Steiermärkischen Landtages etwa verzeichnen durchschnittlich 1000 Zugriffe pro Sitzung, wobei diese relativ geringe Zahl wohl auch mit der geringen Attraktivität im Vergleich zu Videoübertragungen zusammenhängen dürfte, also die Qualität ist da sicherlich auch entscheidend. Im Moment, wie gesagt, rund 1000 Zugriffe im Landtag pro Sitzung. Die Kooperation mit dem Land Steiermark ist etwas, was wir für die Zukunft auch angedacht haben, das Land Steiermark stellt erste Überlegungen an, die Landtagssitzungen per Video zu übertragen. Für die Stadt Graz könnte es sich in einer Kooperation mit dem Land, aber auch mit anderen Gebietskörperschaften, durch die gemeinsame Nutzung von Hardware, Plattformen und personellen Ressourcen bei gesteigerter Qualität weitere Möglichkeiten zur Kostenminimierung ergeben. Aber jetzt ganz konkret, was haben wir vor, was habe ich vor und die Abteilung vor und da ist die Kostenentwicklung hier anzuführen. Wenn auch die Liveübertragung parlamentarischer Sitzungen in gar nicht ferner Zukunft als eine nicht mehr wegzudenkende demokratiepolitische Selbstverständlichkeit angesehen werden könnte, sollte dennoch bedacht werden, ob die Zeit für ein solches Projekt, vor allem aus finanzieller Sicht, wirklich schon reif ist. Zwar könnte Graz mit einer

sofortigem Einstieg in genannte Medienschiene eine Vorreiterrolle einnehmen, würde sich unter Umständen damit aber Kosten einhandeln, die auf Grund des Verfalls der Preise am Sektor von Elektronik und Kommunikationsdienstleistungen schon morgen als unverhältnismäßig überhöht erscheinen. In dieser Branche springt man zwar immer auf einen fahrenden Zug auf, die Tickets sind aber zur Zeit noch teuer, werden aber täglich günstiger. So die Antwort der Abteilung für öffentliche Information und dieser Meinung habe ich mich angeschlossen, das heißt, es ist einfach noch keine Relation da zwischen den Kosten, die es zur Zeit gibt, und dem Nutzen, den man nicht einmal noch ermitteln kann.

GRin. **Edlinger**: Sie haben ja selbst angesprochen, im Landtag gibt es seit langem die Tonübertragung der Sitzungen. Sie haben die Zugriffszahlen beziffert mit 1000 Zugriffen pro Sitzung und haben da irgendwie gemeint, dass das eine Zahl wäre, die deswegen so gering ist, weil es halt nicht sehr attraktiv ist, eine Tonübertragung zu hören. Ich würde mal bezweifeln, ob wir Politiker/Politikerinnen und uns zu sehen, quasi das Verfolgen einer Sitzung, so attraktiveren würde, dass dann mehr zugreifen, ich halte 1000 Zugriffe und 1000 Personen, die bei einer Landtagssitzung zuhören, für nicht gering. Das sind 1000 Personen, die ähnliche Debatten auch ähnlicher Qualität, wie wir sie hier haben, verfolgen. Deswegen erscheint es mir sinnvoll, nachdem ja jetzt schon die Gemeinderatssitzung in den Stadtregierungsbüros und in den Klubs auch übertragen wird, das heißt, wir haben die technischen Einrichtungen für Aufzeichnungen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) und für Tonübertragungen, müssten wahrscheinlich ein bisschen was noch dazu anschaffen und könnten so möglichst rasch vielen Grazern und Grazerinnen, allen die es interessiert, ermöglichen, zumindest eine Tonübertragung im Internet verfolgen zu können und da wollte ich meine Zusatzfrage dahingehend richten, ob Sie bereit sind zu veranlassen, dass die Sitzungen des Grazer Gemeinderates zumindest mittels Tonübertragung via Internet einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden (*Applaus SPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Also, auf Grund des derzeitigen Geräuschpegels würde ich das auch nicht empfehlen, Frau Gemeinderätin. Wäre im Übrigen schön, wenn es ein bisschen ruhiger wäre, weil ich von vielen Kollegen und Kolleginnen wieder gedeutet bekommen, dass sie der Sitzung kaum folgen können. Wie gesagt, wenn wir es machen wollten, wollten wir es professionell machen, es ist zu teuer, man darf ja nicht vergessen, wenn beim Land Steiermark 1000 Zugriffe pro Landtagssitzung, und da sprechen wir von Landtagssitzungen, die auf der Bundesebene wahrscheinlich noch eher auch Zuhörer finden, dass die ganzen Medien zugreifen und das die ganze Steiermark betrifft. Wenn Sie das auf ein Viertel herunterbrechen, glaube ich, sind da auch die Kosten im Vergleich dazu noch relativ hoch, aber wir werden uns jetzt in dieser Periode diesem Thema gar nicht mehr nähern, wir werden in der nächsten Periode schauen, wie wir gemeinsam mit dem Land Steiermark da vielleicht eine günstigere Variante finden und dann sollte es aus meiner Sicht gleich die dem letzten Stand der Technik entsprechende sein und nicht nur eine Hörsendung (*Applaus ÖVP*).

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.10 Uhr.***

#### **8) VS Bertha von Suttner, Schulbücherei**

GR. Mag. **Fabisch** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Stadtrat, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Alltag der Volksschule Bertha von Suttner stellvertretend für viele ähnliche Institutionen, vor allem am rechten Murufer, stellt für ihre hoch engagierten Pädagogen und Pädagoginnen auf Grund einer unglaublichen Sprachenvielfalt eine besondere Herausforderung dar, der sie auch mit Bravour gerecht werden, soweit es überhaupt möglich ist.

Die Schulbibliothek ist dabei ein nicht unwesentlicher Faktor, um die Sprachkompetenz zu unterstützen.

Leider gibt es in der winzigen Schulbücherei jahrgangsgemäß oft nicht mehr als zehn Bücher, sodass bei 28 SchülerInnen pro Klasse bei einem Aufenthalt im Bibliotheksraum ein Buch zu dritt geteilt werden muss.

Leider ist der Elternverein, der an dieser Schule zwar ideell sehr viel leistet, auf Grund der sozialen Situation vieler Eltern nicht in der Lage, die Bücherzahl hier entsprechend aufzustocken.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens der KPÖ folgende

### **Frage:**

Sind Sie bereit, Mittel zur Verfügung zu stellen, die es der VS Bertha von Suttner ermöglichen, ihre Schulbibliothek ein wenig zu erweitern und anderen Schulen natürlich auch (*Applaus KPÖ*)?

StR. **Miedl:** Herr Gemeinderat, ja natürlich, ich danke für die Anfrage, danke auch, dass Sie mir die Gelegenheit geben, hier dem Gemeinderat auch zu sagen, mit dem Werner Miedl ist nicht nur ein großer Freund der Grazer Schulen, sondern auch ein großer Freund des Buches hier sitzend. Ich weise ja auch darauf hin und nutze die Gelegenheit, Herr Gemeinderat, es gibt natürlich auch für die Schulen ein zusätzliches Angebot, das wir über unsere Stadtbibliotheken organisiert haben, nämlich die Bücherkisten, wo es zu jeweiligen Themen, zu verschiedensten Themen Film, Buch, Musik, Zeitschriften und Spiele gibt, das kommt bei den Schulen hervorragend an, so gut, dass die Grazer Umlandschulen auch diese Bücherkisten haben wollen, fallweise liefern wir sogar über die Stadtgrenze hinaus diese Bücherkisten aus. Herr Gemeinderat, ich kann Ihre Frage mit einem ganz klaren Ja beantworten und stelle Ihnen diesen Scheck zur Verfügung, den wir der Frau Direktor

gemeinsam überreichen können, Ihre Anfrage ist mehr als berechtigt, wir werden Sorge tragen, dass das Buch auch in unsere Schulen kommt (*Applaus ÖVP*).

***Stadtrat Werner Miedl übergibt an GR. Mag. Fabisch einen Scheck.***

GR. Mag. **Fabisch**: Die Frage hätte gelautet, wann es soweit ist, das hat sich im gleichen Moment erübrigt. Ich bedanke mich im Namen aller Schulpartner dieser Schule (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke Herr Gemeinderat. Meine geschätzten Damen und Herren, ich möchte noch zwei Dinge anmerken, erstens die Frage Nummer 13 von Frau Gemeinderätin Binder ist zurückgezogen worden, alle übrigen Fragen können heute nicht mehr gestellt werden und werden schriftlich beantwortet werden, weil die Fragestunde nun um ist.

Ich begrüße auch unsere Frau Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl, sie war bei den Frauengesundheitstagen, hat die Stadt Graz dort vertreten beziehungsweise hat diese Veranstaltung geleitet und ich begrüße sie, sie ist auch wieder gekommen.